

Rede zur Vorlage der Haushaltssatzung 2021 der Stadt

Alsdorf

Ratssitzung am 9. März 2021

Horst-Dieter Heidenreich, GRÜNE-Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort!

Wie auch in den Jahren zuvor gilt unserem Kämmerer und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern unser Dank für die gute Sacharbeit. Die düsteren Zahlen, die Herr Hafers beschrieben hat, sind beklemmend und hinterlassen natürlich auf der finanziellen Seite eine gewisse Ratlosigkeit. Eine Reform der kommunalen Finanzierung ist sicherlich wünschenswert.

Aber nun zur inhaltlichen Ausrichtung des Haushaltes, an der sich insbesondere im wichtigen Bereich der Stadtentwicklung auch weiterhin, wie schon im Verlauf der vergangenen Jahren, nicht viel geändert hat. Und die Kommunalwahlen im letzten Jahr, die der SPD mithilfe der FDP wieder eine hauchdünne Mehrheit verschafft hat, lässt befürchten, dass es auch weiterhin so bleibt.

D.h. z.B., dass der Fokus weiterhin auf Zubau, sprich auf weiteren Flächenfraß, bleiben wird. Das wird auch weiterhin zulasten unserer Grünbereiche gehen, auch wenn die ganz großen Bauprojekte wie die Bebauung der ehemailgen Schulgelände in Ofden, irgendwann fertiggestellt sein werden. Ob sich dadurch die Lebensqualität unserer Stadt verbessern wird, bleibt dahingestellt. Gerade die Bebauung anm ehemaligen Realschulgelände lässt starke Zweifel daran aufkommen, ob dieser ein Gewinn für die Stadt und den Stadtteil Ofden sein wird.

Festzuhalten bleibt: Alsdorf ist die am dichtesten besiedelte Stadt mit den wenigsten Freiflächen in der Städteregion ! Es wird höchste Zeit, dass man hier die Grenzen des Wachstums in die Fläche erkennt!

Gerade in diesen Zeiten der Corona-Pandemie und des Lockdowns zeigt sich, wie wichtig unsere verbliebenen Grünbereiche wie etwa das Broichbachtal oder der Tierpark, der hoffentlich sehr bald wieder geöffnet wird, für unsere Menschen sind!

Was die Attraktivität der Stadt Alsdorf nach wie vor stark mindert, ist die Situation im Zentrum, insbesondere die verkehrliche Situation dort, der Lärm, die Abgase. Obwohl nicht nur wir GRÜNEN seit Jahren darauf hinweisen, dass sich hier etwas ändern muss, sondern auch die SPD und die CDU im

Wahlkampf auf diesen Zug aufgesprungen sind, tut sich hier weiterhin wenig bis nichts. Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt muss nicht in fünf oder zehn Jahren, sondern schon sehr bald in Angriff genommen werden und auch entsprechenden Niederschlag im Haushalt finden. Ich bin mal gespannt, ob hierzu in absehbarer Zeit ein Vorschlag der Verwaltung oder gar der Mehrheitsfraktion kommen wird. Künftig muss der Mensch und die sanfte Mobilität im Mittelpunkt stehen.

Ein schlüssiges Stadtentwicklungskonzept ist seit Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten, immer noch nicht zu erkennen.

Bleiben wir bei der Verkehrspolitik. Weiterhin führt der öffentliche Personennahverkehr jenseits der guten Entwicklung der Euregiobahn in Alsdorf immer noch ein Schattendasein. Die SPD hatte in ihrem Wahlkampf vollmundig eine Verbesserung des ÖPNV versprochen. Wie das dann konkret aussieht, wenn man mit einem FDP-Steigbügelhalter doch noch eine knappe Ratsmehrheit erzielt, konnte man in der letzten Sitzung des AfS verfolgen. Unter Missachtung des regionalen Interesses wurde eine Taktverdichtung der Linie 51 von Aachen nach Baesweiler abgelehnt! Wir hatten ja gar nicht erwartet, dass die Ratsmehrheit einen 10-Minutentakt wie von Aachen nach Würselen beschlossen, befürwortet, aber zumindest hätte es ein durchgehender 15-Minutentakt sein sollen, für schlappe 11.000 Euro mehr im Jahr! Das war ein

Schlag ins Gesicht der Nachbarstädte Würselen und Baesweiler, die sich vehement dafür eingesetzt hatten. Eine egoistische Verweigerung der Solidarität – leider nicht nur durch die SPD, sondern auch durch die CDU-Opposition! Auch der Alsdorfer Stadtteil Neuweiler hat das Nachsehen durch diese Entscheidung, weil weiterhin viele Busse der Linie 51 an der Gesamtschule enden werden!

Ich erinnere daran, dass die Stadt Alsdorf sich schon einmal bei einem regionalen Busangebot quer gestellt hatte. Wegen weniger tausend Euro im Jahr wurde eine Beteiligung am regionalen Nachtbusangebot an Wochenenden von der Ratsmehrheit in den Wind geschlagen. Und für viele Alsdorfer Stadtteile wird das Busangebot, insbesondere als Zubringer zur Euregiobahn, schlecht bleiben bei dieser Ratsmehrheit. Ich bin auch mal gespannt, ob und wie die allgemein von den Städten und Gemeinden positiv bewertete Idee einer Regiotram in den nächsten Jahren durch Alsdorfs Ratsmehrheit und Verwaltung Unterstützung findet.

Letzter wichtiger Punkt: Alsdorfs Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Die Abarbeitung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt schleppt sich dahin, obwohl wir einen guten Klimaschutzbeauftragten haben, der aber auch weiterhin nur befristet eingestellt ist. Angesichts des Klimawandels und der vielfältigen Herausforderungen der Kommunen, fordern wir

nach Ablauf der Befristung und Ablauf der Förderung die dauerhafte Einrichtung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten. Rat und Verwaltung brauchen diese Zuarbeit, in diesem Bereich ist noch viel zu tun. Deshalb muss der Umweltbereich in diesem Haus auch künftig personell wieder gestärkt werden – und nicht weiter geschwächt, wie wir es ja schon eben beim Stellenplan moniert haben.

Zum städtischen Klimaschutz gehört auch der Ausbau der Elektromobilität in unserem Fahrzeugpark. Wir brauchen hier mehr Mut und Engagement, lediglich ein PKW ist dabei zu wenig, zumal gerade bei den Kleinwagen, die hauptsächlich auf Kurzstrecken unterwegs sind, eine „Voll-Elektrifizierung“ sehr wünschenswert wäre.

Die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien sollte – siehe auch unseren Fraktionsantrag heute – ein weiteres klima- und energiepolitisches Schwerpunktthema für die nächsten Jahre werden, etwa bei der Ausstattung möglichst aller öffentlichen Gebäude mit Photovoltaik. Auch hierzu gab es im Wahlkampf Ankündigungen oder Versprechen der SPD. Auch da sind wir mal gespannt, ob und wie das in der kommunalpolitischen Realität umgesetzt wird.

Wir werden uns daher weiter im Rat und in den Ausschüssen um inhaltliche Beschlüsse in diese Richtung bemühen.

Die bloße Beantragung von entsprechenden Haushaltstiteln ohne Unterfütterung mit inhaltlichen Beschlüssen erscheint uns hier und heute – wegen der sehr kurzen Vorbereitungszeit auf die Haushaltsberatungen von nur vier Wochen und weitestgehend ohne Vorberatung durch die Ausschüsse, aber auch angesichts der zementierten Mehrheitsverhältnisse - sinnlos.

Die GRÜNE-Fraktion lehnt den vorliegenden Haushaltsentwurf ab, wegen der beschriebenen Unzulänglichkeiten, aber auch wegen des von uns verlangten Vorabbeschlusses, die Grundsteuer B im nächsten Jahr um sagenhafte und rekordverdächtige 190-Prozentpunkte zu erhöhen. Das ist eine Kampfansage an alle Hausbesitzer und indirekt auch alle Mieter, die wir nicht mittragen werden!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!